

**Ergebnisse
extremistischer Parteien
in Berlin**

**Bundestags-
wahl 2005**

KERNAUSSAGEN

- Die rechtsextremistischen Parteien hatten bei der Bundestagswahl deutschlandweit sehr unterschiedliche Ergebnisse zu verzeichnen, scheiterten jedoch alle klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Die NPD steigerte ihren Zweitstimmenanteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 deutlich von 0,4 auf 1,6 Prozent. Die REP schafften es lediglich, ihr Ergebnis von 0,6 Prozent auf dem Niveau der Vergleichswahl von 2002 zu stabilisieren. Aufgrund ihrer Wahlergebnisse erhalten beide Parteien einen Anteil an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung.
- Die NPD konnte ihren Wählerstimmenanteil in allen Bundesländern erhöhen. Sie war bei dieser Bundestagswahl in den östlichen Bundesländern deutlich erfolgreicher als in den westlichen Bundesländern.
- Auch in Berlin blieben die Ergebnisse der rechtsextremistischen Parteien auf niedrigem Niveau. Die NPD erhöhte ihren Stimmenanteil gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl von 0,6 auf 1,6 Prozent. Die REP mussten ein rückläufiges Ergebnis von 0,7 auf 0,5 Prozent hinnehmen. Dieser Wahlausgang entsprach weitgehend der Entwicklung im Bundesgebiet.
- Das Ost-West-Gefälle im Wählerzuspruch für die NPD vertiefte sich weiter. Im Westteil Berlins erzielte sie 1,1 Prozent, im Ostteil der Stadt 2,3 Prozent der Stimmen. Die Partei verbesserte sowohl ihr Erst- wie ihr Zweitstimmenergebnis in allen Berliner Wahlbezirken.
- Sowohl auf Bundesebene als auch in Berlin ergab sich eine deutliche Kräfteverschiebung zwischen den rechtsextremistischen Parteien. Die NPD zog an den REP vorbei und avancierte bei diesem Wahlgang zur stärksten rechtsextremistischen Partei.
- Bei den linksextremistischen Parteien zeigte sich eine Spaltung. Die DKP und KPD, die 2002 noch zu den Bundestagswahlen angetreten waren, verzichteten auf eine erneute Kandidatur und sprachen sich für die Wahl der Linkspartei aus. Dagegen traten die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Partei für Soziale Gleichheit“ (PSG) nach 1998 erstmalig wieder zu Bundestagswahlen an.
- Das Wahlergebnis von MLPD und PSG bestätigt die Bedeutungslosigkeit dieser linksextremistischen Parteien. Sie erzielten bundesweit 0,1 bzw. 0,0 Prozent der Zweitstimmen.

1 AUSGANGSLAGE

Am 18. September 2005 fand die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag statt. An dem vorgezogenen Urnengang beteiligten sich bundesweit mehrere extremistische Parteien. Aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum stellten sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und „Die Republikaner“ (REP) sowie die Splitterpartei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ (Deutschland) zur Wahl. Von den linksextremistischen Parteien beteiligten sich lediglich die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Partei für Soziale Gleichheit“ (PSG) an den Bundestagswahlen.

Die Bundestagswahl wurde ein Jahr vor dem eigentlichen Ablauf der Wahlperiode erforderlich, da Bundespräsident Horst Köhler den Deutschen Bundestag auf Antrag des Bundeskanzlers vorzeitig aufgelöst hatte. Nach dem schlechten Abschneiden des SPD-Landesverbands bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 und dem damit verbundenen Regierungswechsel gab Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch am Wahlabend eine Erklärung ab, in der er seine Absicht bekundete, Neuwahlen herbeizuführen. Am 27. Juni 2005 stellte er zu diesem Zweck gemäß Art. 68 Grundgesetz (GG)¹ die Vertrauensfrage und begründete diese in der Aussprache im Bundestag am 1. Juli 2005 mit dem Fehlen des „stetigen Vertrauens“ der Bundestagsmehrheit.² Bei der anschließenden Abstimmung enthielten sich absprachegemäß zahlreiche Mitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, so dass keine Mehrheit für die Regierungskoalition zustande kam. Daraufhin entsprach der Bundespräsident dem Antrag des Bundeskanzlers und ordnete am 21. Juli 2005 die Auflösung des Bundestags an. Gleichzeitig legte er den Termin der vorgezogenen Neuwahl für den 18. September 2005 fest. Am 25. August 2005 wies das Bundesverfassungsgericht eine Organklage zweier Bundestagsabgeordneter gegen dieses Vorgehen als unbegründet zurück, da sich ein dem Zweck des Art. 68 GG widersprechender Gebrauch der Vertrauensfrage nicht erkennen lasse.³

Im Bundestagswahlkreis 160 (Dresden I) wurde aufgrund des Todes einer Direktkandidatin am 2. Oktober 2005 nachgewählt. Der Antrag auf Eilrechtsschutz einer Wahlberechtigten sowie einer Direktkandidatin gegen die Ermittlung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses bis zur Nachwahl aus Wettbewerbsgründen scheiterte.⁴

¹ Art. 68 Abs. 1 Satz 1 GG lautet: „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen.“

² Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 185. Sitzung vom 1.7.2005, Plenarprotokoll 15/185, S. 17465 ff.

³ Vgl. BVerfG 2 BvE 4/05 und BvE 7/05 vom 25.8.2005.

⁴ Das Bundesverfassungsgericht erkannte darin eine vorverlegte Wahlprüfung und beschied den Antrag als unzulässig. Vgl. BVerfG 2 BvQ 31/05 vom 13.9.2005.

2 WAHLKÄMPFE

Mit der Auflösung des Bundestages standen die Aktivitäten der rechtsextremistischen Parteien ganz im Zeichen der überraschend vorgezogenen Neuwahl. Bereits zu Beginn des Jahres, am 15. Januar 2005, hatten die Parteivorsitzenden von NPD und DVU im Rahmen ihrer Kooperationsbemühungen unter der Überschrift „Volksfront“ einen so genannten Deutschlandpakt geschlossen.⁵ Dieser „Pakt“ stellte eine Verabredung zur Vermeidung konkurrierender Wahlantritte auf Landes- und Bundesebene bis zum Jahr 2009 dar. Absprachegemäß trat bei der Bundestagswahl 2005 nur die NPD an. Bedingung für den Wahlverzicht der DVU war die Öffnung der NPD-Landeslisten für DVU-Bewerber. Diese Vorgabe wurde bundesweit umgesetzt.

Auch der Berliner NPD-Landesverband hielt sich an den „Deutschlandpakt“ und wählte auf einem außerordentlichen Landesparteitag eine Vertreterin der DVU auf Platz 2 der von dem NPD-Landesvorsitzenden angeführten Kandidatenliste. Unterstützt wurde die NPD bei dieser Bundestagswahl im Rahmen des „Volksfront“-Konzepts auch von einigen parteiungebunden Aktivisten, den „Freien Kräften“, die mit einem Kameradschaftsführer aus Brandenburg ebenfalls auf der Landesliste vertreten waren. Darüber hinaus stand die NPD in allen 12 Berliner Wahlkreisen mit Direktkandidaten zur Wahl, unter ihnen der NPD-Vorsitzende Udo Voigt (Wahlkreis 85, Treptow-Köpenick).

Das rechtsextremistische Wahlbündnis aus NPD, DVU und Teilen der „Freien Kräfte“ führte einen offensiven Straßenwahlkampf mit Schwerpunkt in den östlichen Bezirken. Durch die Kooperation der unterschiedlichen rechtsextremistischen Spektren konnten die strukturellen und finanziellen Schwächen des Berliner NPD-Landesverbands teilweise ausgeglichen werden. Aus taktischen Gründen warb die NPD vor allem mit sozialen und arbeitsmarktpolitischen Themen – ohne auf fremdenfeindliche Untertöne zu verzichten (vgl. Abb. 1). Sie plakatierte Slogans wie „Arbeit für Deutsche“, plädierte in einem gleichlautenden Flugblatt für ein „Ausländerheimführungsgesetz“ und forderte: „Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern“. Darüber hinaus wandte sie sich gegen die EU-Erweiterung und den Euro und versuchte - mit Blick auf die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien -, Protestwähler durch diffamierende Slogans zu mobilisieren: „Schnauze voll? Lügner abstrafen“.

⁵ Vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2004, S. 43 ff.



Abb. 1: Wahlkampfplakate der NPD, DVU und der „Freien Kräfte“

Neben den erstmals von NPD, DVU und „Freien Kräften“ gemeinschaftlich verantworteten Propagandamaterialien und den klassischen Wahlkampfaktivitäten (z. B. zahlreiche Wahlwerbestände) inszenierte das Wahlbündnis im Berliner Stadtgebiet mehrere, potenziell öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. So warb die NPD mit zwei längeren Werbeaufträgen im „Offenen Kanal“ um Wählerstimmen und meldete für den 31. August 2005 eine Demonstration in unmittelbarer Nähe des SPD-Bundesparteitags in Neukölln an. Unter dem Motto „Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!“ sollte das Medieninteresse an dieser Veranstaltung für die eigene Wahlkampf-Propaganda genutzt werden. Die Demonstration blieb allerdings mit ca. 110 Teilnehmern weitgehend unbeachtet.

Auf weit mehr öffentliche Aufmerksamkeit stieß die Ankündigung der NPD, eine Woche vor der Bundestagswahl, am 12. September 2005, bundesweit eine eigens zusammengestellte Musik-CD (in einer Auflage von 200 000 Exemplaren) kostenlos an Jugendliche und vor allem Erstwähler zu verteilen. Die so genannte Schulhof-CD mit dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießler und Pauker!“ sollte dem jugendlichen Zielpublikum, in dem die NPD ein für sich erreichbares Wählerpotenzial vermutete, rechtsextremistisches Gedankengut näher bringen (vgl. Abb. 2). Auf dem Sampler waren einschlägige rechtsextremistische Liedermacher und Bands zu hören, die jedoch keine strafbaren Inhalte präsentierten. In Berlin verschenkten Anhänger der NPD erstmals am 8. September 2005 einige CDs vor einer Oberschule in Pankow. Ein Rechtsextremist trug dabei eine Eselsmaske und zeigte ein Plakat mit der Aufschrift „Ich Esel, lass mich von meinen Lehrern gegen die NPD aufhetzen!“. Anlässlich einer weiteren Verteilaktion am 12. September 2005 vor einer Oberschule in Marzahn-Hellersdorf kam es zu einer Straftat durch einen NPD-Wahlkampfaktivisten. Mehrere Schüler hatten ihre CDs einer Lehrerin übergeben, die daraufhin von einem Verteiler aufgefordert wurde, die Exemplare wieder herauszugeben. Als die Pädagogin dies verweigerte, entriss ihr der Aktivist die CDs gewaltsam und verteilte sie erneut.⁶

⁶ Eine vergleichbare Musik-CD hatte die NPD bereits in den zurückliegenden Landtagswahlkämpfen in Sachsen und Schleswig-Holstein eingesetzt. Der erhoffte Erfolg der Schulhof-CD ist jedoch fraglich. Die musikalische Mischung aus Rock und Balladen sowie der deutschen Nationalhymne dürfte kaum ansprechend auf Jugendliche ohne ideologische Vorprägung wirken. Darüber hinaus erreichte die Aktion aufgrund vielfältiger Formen des zivilgesellschaftlichen Widerstands bislang nicht das erwartete Echo. Vgl. Arbeitsstelle gegen Neonazismus der FH Düsseldorf/ Argumente & Kultur gegen Rechts e. V.: Argumentationshilfe gegen



Abb. 2: Wahlkampf-CD der NPD

Darüber hinaus führte das offensive Auftreten der Wahlkämpfer der NPD im gesamten Wahlkampfverlauf zu Auseinandersetzungen. Einerseits versuchten diese wiederholt Veranstaltungen demokratischer Parteien durch Diskussionsbeiträge oder das Verteilen von Propagandamaterial zu stören, was ihnen jedoch kaum gelang. Andererseits erfolgten gewalttätige Übergriffe durch politische Gegner aus der linksextremistischen Szene. So überfielen am 4. August 2005 acht verummumte und mit Teleskopschlagstöcken, Holzplatten und Knüppeln bewaff-

nete Personen einen Wahlwerbbestand der NPD in Marzahn-Hellersdorf und verletzten zwei Standbetreuer. Am 13. August 2005 versuchten mehrere Personen einen Infostand der NPD in Mitte zu attackieren, was die Polizei jedoch verhinderte. Daraufhin wurde der Stand mit Flaschen beworfen. Noch am gleichen Abend reagierten die NPD-Wahlkämpfer mit einer Demonstration „Gegen linke Gewalt“ in Charlottenburg-Wilmersdorf mit ca. 60 Teilnehmern.

Die REP beteiligten sich trotz zahlreicher Angebote zur Zusammenarbeit nicht an der „Volksfront“ von NPD, DVU und „Freien Kräften“ und traten in Berlin mit einer eigenständigen Landesliste zur Wahl an. Mit ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden als Spitzenkandidaten setzten die REP im Wahlkampf ganz auf die Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und versprachen „4 Millionen neue Arbeitsplätze - wir sorgen dafür.“ Darüber hinaus stellten sie die fremdenfeindlich motivierte Frage „Arbeit für Olek – Hartz IV für Deutsche?“.

Das linksextremistische Parteienspektrum reagierte auf die vorgezogene Neuwahl unterschiedlich. So verzichteten die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), die 2002 noch zu den Bundestagswahlen angetreten waren, auf eine erneute Kandidatur und riefen zur Wahl der „Linkspartei“ auf. Der Vorsitzende der DKP, Heinz Stehr, erklärte dazu in einem Interview mit der Parteizeitung „Unsere Zeit“, dass sich die DKP immer für die Bündelung der linken Kräfte eingesetzt habe. „Die Kandidatur der Linkspartei kann ein weiterer Schritt zur Formierung von mehr Gemeinsamkeiten in der linken Bewegung bedeuten. Aus meiner Sicht sollten wir unsere Bemühungen zur Bündelung der linken Kräfte verstärken.“⁷

Auch die KPD betrachtete „ein starkes Linksbündnis mit offener Liste“ als Alternative.⁸ Ihm sollten die „PDS, die WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit), die DKP, die KPD sowie Sozialisten, Gewerkschafter, Demokraten und Humanisten, die sich gegen Kriegspolitik und Sozialabbau einsetzen, angehören.“⁹

Darüber hinaus riefen auch die trozkistischen Gruppen „Linksruck“ und „Sozialistische Alternative“ (SAV) zur Wahl des Bündnisses aus „Linkspartei“ und WASG auf. „Der beste

die „Schulhof-CD“ der NPD, Düsseldorf und Bielefeld 2005. Die Argumentationshilfe kann unter <http://www.arbeitsstelle-neonzismus.de> aus dem Internet heruntergeladen werden.

⁷ Internetauftritt „Unsere Zeit“, Aufruf vom 5.10.2005.

⁸ Internetauftritt der KPD, Aufruf vom 5.10.2005.

⁹ Ebenda.

Ansatzpunkt für eine politische Interessenvertretung, in der Tausende von AktivistInnen zusammen kommen, ist heute die neue Partei ‚Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative‘, die auf den offenen Listen der für die Bundestagswahl in Linkspartei umbenannten PDS antritt. ... Je stärker die WASG und die kämpferischen Kräfte des linken Bündnisses aus dem Wahlkampf hervorgehen, desto größer sind die Chancen, mit den Abgeordneten zu einem Faktor in Protestbewegungen zu werden und den Aufbau einer kämpferischen und in der arbeitenden Bevölkerung gut verankerten Partei voranzutreiben, die zu einem Anziehungspunkt für AktivistInnen werden kann“, erklärte die SAV.¹⁰

Vereinzelt traten Mitglieder von DKP, SAV und Linksruck auf den Landeslisten der Linkspartei zur Bundestagswahl an.

Die MLPD war anfangs auch an der Beteiligung an einem breiten Linksbündnis interessiert. Ihr schriftliches Angebot wurde jedoch nach Aussagen des Vorsitzenden der MLPD, Stefan Engel, „von den Führern der WASG und der PDS abschlägig beschieden bzw. gar nicht beantwortet“.¹¹ So trat die MLPD eigenständig mit Landeslisten in allen Bundesländern zur Bundestagswahl an. Ihren Wahlkampf führte sie vorrangig gegen eine „große Koalition aus SPD, CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen“¹² mit dem Schwerpunktthemen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“.

Die PSG hingegen war nie an einem Bündnis mit der Linkspartei interessiert. Sie erklärte zu dem Wahlbündnis: „Im neuen Bündnis schließen sich die Erben der beiden großen bürokratischen Apparate zusammen, die während der Nachkriegszeit im Osten und im Westen Deutschlands die tragenden Säulen der bestehenden Ordnung waren – Sozialdemokratie und Stalinismus. ... Ihr Ziel (Anm.: das der Linkspartei) ist es, eine unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse zu ersticken. Diese Partei stellt keine Alternative zur Sozialdemokratie dar. Sie versucht vielmehr, die Sozialdemokratie zu retten“.¹³ In ihrem Wahlruf nahm die Abgrenzung zur Linkspartei so breiten Raum ein, dass der Eindruck entsteht, sie führte den Wahlkampf in erster Linie gegen diese. Die PSG trat in vier Bundesländern (Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Hessen) mit eigenen Landeslisten zur Wahl an.

3 WAHLBETEILIGUNG

Am Wahltag waren in Deutschland 61 870 195 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 sank die Wahlbeteiligung 2005 auf Bundesebene von 79,1 auf 77,7 Prozent (vgl. Tabelle 1).¹⁴ Dies bedeutet eine Abnahme um 1,4 Prozentpunkte. Dabei entwickelte sich die Wahlbeteiligung in Teilen Deutschlands gegenläufig. Während die Wahlbeteiligung im früheren Bundesgebiet einschließlich West-Berlin von 80,6 auf 78,5 Prozent

¹⁰ Internetauftritt der SAV, Aufruf vom 5.10.2005.

¹¹ Internetauftritt der MLPD, Aufruf vom 5.10.2005.

¹² Ebenda.

¹³ Internetauftritt der PSG, Aufruf vom 5.10.2005.

¹⁴ Alle Zahlen beruhen auf den Angaben des Bundeswahlleiters (Zweites vorläufiges amtliches Ergebnis vom 2.10.2005) und des Landeswahlleiters Berlin (Amtliches Endergebnis vom 29.9.2005). Vgl. <http://www.bundeswahlleiter.de>, <http://www.statistik-berlin.de/wahlen>.

sank, war in den neuen Bundesländern einschließlich Ost-Berlin eine Zunahme von 72,8 auf 74,3 Prozent zu beobachten.

In Berlin fiel die Wahlbeteiligung insgesamt etwas geringer aus. Wahlberechtigt waren 2 438 902 Personen. Die Wahlbeteiligung sank nur leicht von 77,6 auf 77,4 Prozent und lag damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Dies bedeutet eine geringere Abnahme gegenüber dem Bundestrend. Dabei zeigte sich auch innerhalb Berlins ein differenziertes Bild. Während in West-Berlin mit 78,0 Prozent überdurchschnittlich viele Wähler zur Wahl gingen, taten dies in Ost-Berlin mit 76,5 Prozent unterdurchschnittlich wenige Wähler. Dieser West-Ost-Unterschied war auch schon bei der Bundestagswahl 2002 und der Europawahl 2004 festzustellen.¹⁵

Wahlbeteiligung	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Bund	77,7	79,1	-1,4
Berlin – Gesamt	77,4	77,6	- 0,2
Berlin – West	78,0	79,1	-1,1
Berlin – Ost	76,5	75,5	1,0

Tabelle 1

Allerdings scheint sich die Wahlbeteiligung innerhalb Berlins allmählich anzugleichen. War im Westteil Berlins ein Rückgang gegenüber der Vergleichswahl von 2002 um 1,1 Prozentpunkte zu verzeichnen, kam es im Ostteil der Stadt zu einer Zunahme um 1,0 Prozentpunkte. Offensichtlich ließen sich die Wähler in Ost-Berlin bei der Bundestagswahl 2005 – ebenso wie in den neuen Bundesländern insgesamt - vergleichsweise stärker mobilisieren als die Wähler in West-Berlin.

4 WAHLERGEBNISSE

4.1 Bund

Die rechtsextremistischen Parteien konnten bei der Bundestagswahl sehr unterschiedliche Ergebnisse verzeichnen. NPD, REP und die Partei Deutschland scheiterten jedoch deutschlandweit klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Die NPD steigerte ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2002 deutlich von 0,4 auf 1,6 Prozent, ein Zugewinn um 1,2 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 2). Dies bedeutet eine Vervierfachung ihres prozentualen Wählerstimmenanteils. Lagen die REP 2002 noch knapp vor der NPD, konnten sie diesmal ihr Ergebnis mit 0,6 Prozent der Stimmen lediglich auf dem Niveau der Vergleichswahl stabilisieren und mussten die NPD an sich vorbeiziehen lassen. Damit setzte sich im Kräfteverhältnis der beiden Parteien zueinander der Trend der letzten Bundestagswahl fort. Schon im Jahr 2002

¹⁵ Vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres: Analyse der Ergebnisse extremistischer Parteien in Berlin. Bundestagswahl 2002, <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/index.html>; dies.: Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien in Berlin. Europawahl 2004, <http://www.berlin.de/inneres/verfassungsschutz/index.html>.

konnte die NPD ihr Ergebnis gegenüber 1998 (um 0,2 Prozentpunkte) verbessern, wogegen die REP deutliche Verluste (um 1,3 Prozentpunkte) zu verzeichnen hatten. Die NPD avancierte bei diesem Wahlgang zur stärksten rechtsextremistischen Partei auf Bundesebene. Die Partei Deutschland vereinigte 0,0 Prozent der Wählerstimmen auf sich. NPD und REP erhalten aufgrund ihrer Ergebnisse einen Anteil an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung.

Zusammengenommen erzielten die drei rechtsextremistischen Parteien 2,2 Prozent der Wählerstimmen. Dies bedeutet eine Verdopplung ihres prozentualen Wählerstimmenanteils gegenüber der Vergleichswahl 2002. Allerdings war dieses Anwachsen allein dem Abschneiden der NPD geschuldet, ein Zulauf in das rechtsextremistische Parteienlager insgesamt war nicht festzustellen.

Wahlergebnisse Zweitstimmen Bund	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
NPD	1,6	0,4	1,2
REP	0,6	0,6	-0,0
Deutschland	0,0	-	0,0
Gesamt	2,2	1,0	1,2

Tabelle 2

Auch in absoluten Zahlen zeigte sich das gleiche Bild. Die NPD konnte ihr Ergebnis um 533 361 auf 748 593 Wählerstimmen verbessern, die REP mussten gegenüber 2002 sogar einen leichten Stimmenverlust von 14 535 auf 266 136 hinnehmen, die Partei Deutschland erhielt 9 643 Zweitstimmen (vgl. Tabelle 3). Die Anzahl der Wählerstimmen für alle drei rechtsextremistischen Parteien zusammen stieg bei 61 870 195 Wahlberechtigten auf 1 024 372.

Wählerstimmen Zweitstimmen Bund	Bundestagswahl 2005 (Anzahl)	Bundestagswahl 2002 (Anzahl)	Veränderung (Anzahl)
NPD	748 593	215 232	533 361
REP	266 136	280 671	-14 535
Deutschland	9 643	-	9 643
Gesamt	1 024 372	495 903	528 469

Tabelle 3

Trotz des vergleichsweise starken Anstiegs der Zweitstimmen für die NPD war diese vom Einzug in den Bundestag weit entfernt. Zwar stellte sich die Partei flächendeckend zur Wahl und konnte in allen Bundesländern ihr Ergebnis verbessern, übersprang dabei aber in keinem Land die Fünf-Prozent-Hürde. Ihre besten Wahlergebnisse erzielte die NPD in den östlichen Bundesländern, insbesondere in Sachsen mit 4,8 Prozent, gefolgt von Thüringen (3,7 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (3,5 Prozent), Brandenburg (3,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (2,5 Prozent). Mit gemittelten 3,6 Prozent war die NPD in den neuen Bundesländern einschließlich Ost-Berlin überdurchschnittlich erfolgreich. Im früheren Bundesgebiet einschließ-

lich West-Berlin kam sie dagegen lediglich auf 1,1 Prozent und erzielte zumeist unterdurchschnittliche Ergebnisse.¹⁶ Die REP traten bei dieser Wahl lediglich in neun von 16 Bundesländern¹⁷ zur Wahl an. Ihre besten Ergebnisse erreichten sie in den westlichen Bundesländern Baden-Württemberg (1,1 Prozent), Rheinland-Pfalz (1,1 Prozent) und Bayern (1,0 Prozent). Der Ost-West-Vergleich ergibt für die REP einen Durchschnittswert von 0,6 Prozent in den westlichen Bundesländern einschließlich West-Berlin und 0,4 Prozent in den östlichen Bundesländern einschließlich Ost-Berlin. Die Partei Deutschland stand ausschließlich in Nordrhein-Westfalen auf dem Stimmzettel (0,1 Prozent).

Die NPD bewarb sich bei dieser Wahl in nahezu allen Wahlkreisen mit Direktkandidaten um die Stimmen der Wähler und erzielte dabei ihre besten Ergebnisse wiederum in Sachsen.¹⁸ Das strategische Wahlziel, durch den Gewinn von Direktmandaten im 16. Deutschen Bundestag vertreten zu sein, erfüllte sich jedoch ebenfalls nicht.

Das Ergebnis der angetretenen linksextremistischen Parteien bei dieser Wahl unterstreicht deren Bedeutungslosigkeit. Weder PSG noch MLPD konnten ein größeres Wählerpotenzial an sich binden. Sie erreichten lediglich 0,0 bzw. 0,1 Prozent der Zweitstimmen. Angesichts des geringen Ergebnisses von 60 531 Zweitstimmen, die sie bundesweit gemeinsam erzielten, ist eine tiefergehende Analyse des Ergebnisses nicht aussagekräftig.

4.2 Berlin

Auch in Berlin fielen die Ergebnisse der rechtsextremistischen Parteien uneinheitlich aus, ihre Ergebnisse blieben jedoch durchgängig auf niedrigem Niveau. Es ergab sich ebenfalls eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen der NPD und den REP.¹⁹ Die NPD erhöhte ihren Stimmenanteil von 0,6 Prozent im Jahr 2002 auf 1,6 Prozent (vgl. Tabelle 4). Dies bedeutet eine Zuwachs um 1,0 Prozentpunkte und mehr als eine Verdopplung ihres Ergebnisses im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl. Bei den REP war eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Sie mussten ein rückläufiges Ergebnis von 0,7 auf 0,5 Prozent hinnehmen, ein Verlust von 0,2 Prozentpunkten. Damit zog die NPD auch in Berlin in der Gunst der Wähler an den REP vorbei und entwickelte sich bei diesem Wahlgang zur stärksten rechtsextremistischen Partei.

Aufgrund des NPD-Ergebnisses stieg der prozentuale Stimmenanteil der rechtsextremistischen Parteien zusammen – trotz der Verluste der REP - auf 2,1 Prozent. Ein Zulauf in das rechtsextremistische Parteienlager insgesamt war aber auch in Berlin nicht festzustellen

¹⁶ Die Parteivorsitzenden von DVU und NPD, Dr. Gerhard Frey und Konrad Voigt, traten in Nordrhein-Westfalen auf den Listenplätze 1 und 2 zur Wahl an. Auf die NPD-Landesliste entfielen 0,8 Prozent der Stimmen.

¹⁷ Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

¹⁸ Wahlkreis 159 (Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis): 7,8 Prozent; Wahlkreis 158 (Bautzen – Weißwasser): 7,0 Prozent; Wahlkreis 156 (Kamenz – Hoyerswerda – Großhain): 6,7 Prozent; Wahlkreis 157 (Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky): 6,7 Prozent; Wahlkreis 166 (Annaberg – Aue-Schwarzenberg): 6,6 Prozent.

¹⁹ Die Partei Deutschland stand in Berlin nicht zur Wahl.

Wahlergebnisse Zweitstimmen Berlin	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
NPD	1,6	0,6	1,0
REP	0,5	0,7	-0,2
Gesamt	2,1	1,3	0,8

Tabelle 4

Diese Entwicklung drückt sich auch in absoluten Zahlen aus. Für die NPD votierten 29 070 Wähler, ein Gewinn von 17 810 Wählerstimmen (vgl. Tabelle 5). Die REP hatten mit 9 947 einen Verlust von 2 821 Stimmen im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl zu verzeichnen. Zusammengenommen entfielen bei 2 438 902 Wahlberechtigten auf die rechtsextremistischen Parteien NPD und REP 39 017 Wählerstimmen, ein Zugewinn von 14 989 Stimmen.

Wählerstimmen Zweitstimmen Berlin	Bundestagswahl 2005 (Anzahl)	Bundestagswahl 2002 (Anzahl)	Veränderung (Anzahl)
NPD	29 070	11 260	17 810
REP	9 947	12 768	-2 821
Gesamt	39 017	24 028	14 989

Tabelle 5

Der Wahlausgang in Berlin entsprach weitgehend der Entwicklung im Bundesgebiet. Die Berliner NPD erzielte mit 1,6 Prozent exakt das Ergebnis der Partei im Bund, konnte aber nur einen unterdurchschnittlichen Stimmengewinn verbuchen (vgl. Tabelle 6). Den REP gelang es entgegen dem Bundestrend in Berlin nicht, ihr Ergebnis zu halten, sie verloren geringfügig und rutschten unter den Bundesdurchschnitt.

Wahlergebnisse Zweitstimmen Bund/Berlin	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
NPD			
Bund	1,6	0,4	1,2
Berlin	1,6	0,6	1,0
REP			
Bund	0,6	0,6	-0,0
Berlin	0,5	0,7	-0,2

Tabelle 6

Hinsichtlich ihrer geographischen Verteilung lassen die Landesergebnisse der rechtsextremistischen Parteien in Berlin – wie schon bei der Bundestagswahl 2002 - deutliche Unterschiede erkennen. Die NPD erzielte im Westteil Berlins 1,1 Prozent, im Ostteil der Stadt 2,3 Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 7). Der Zuspruch zu dieser Partei war in den östlichen Bezirken mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Stadtbezirken. Zwar konnte die NPD in beiden Stadtteilen zulegen, allerdings fiel ihr Stimmenzuwachs mit 1,2 Prozentpunkten im Ostteil höher aus als im Westteil mit 0,8 Prozentpunkten. Damit lag der prozentuale Wählerstimmenanteil der NPD in Berlin-Ost sogar höher als im Bundesdurchschnitt. Das Ost-West-Gefälle im Wählerzuspruch vertiefte sich weiter (vgl. Abb. 3).

Wahlergebnisse NPD Zweitstimmen Berlin West/ Ost	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Berlin – Gesamt	1,6	0,6	1,0
Berlin – West	1,1	0,3	0,8
Berlin – Ost	2,3	1,1	1,2

Tabelle 7

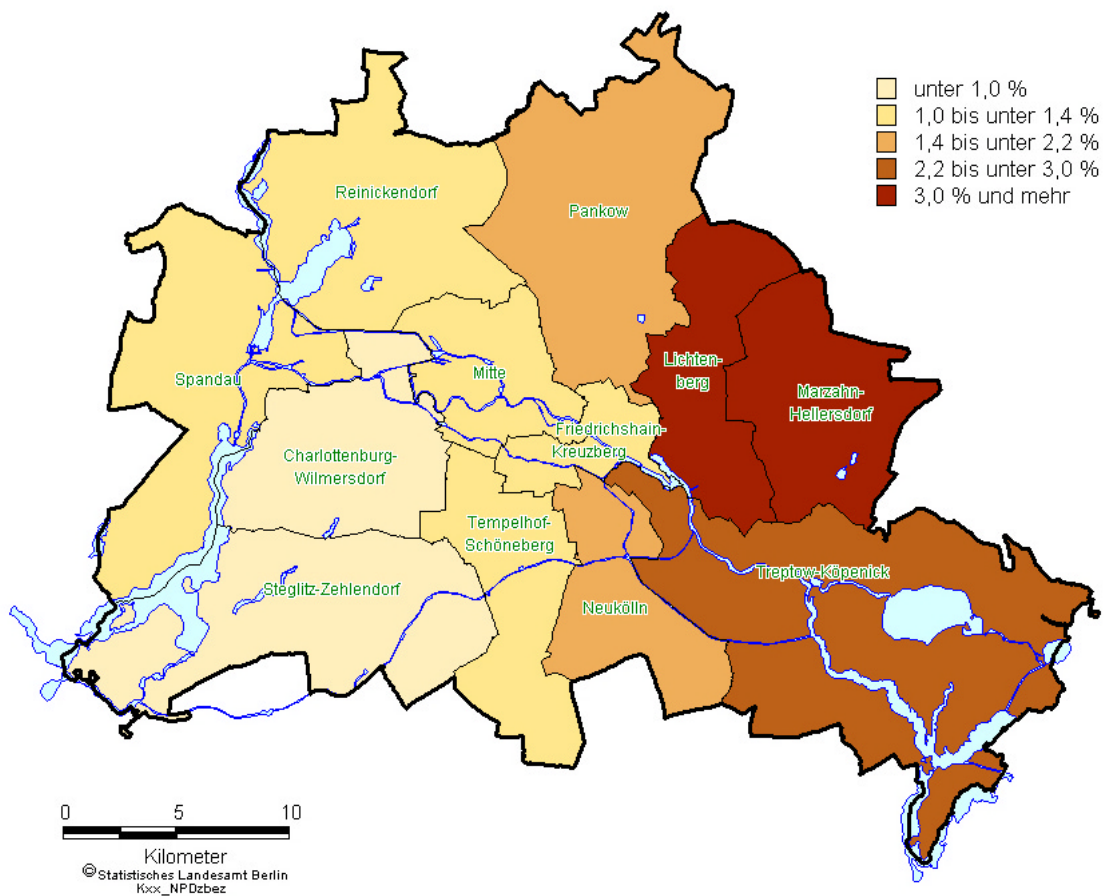


Abb. 3: Wahlergebnisse der NPD (Zweitstimmen) – Berlin Bezirke

Die NPD verbesserte ihr Ergebnis in allen 12 Wahlkreisen, ebenso in allen 12 Bezirken. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf mit 3,2 Prozent,

Lichtenberg mit 2,8 Prozent und Treptow-Köpenick mit 2,4 Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 8). In diesen Bezirken schnitt sie bereits bei der Bundestagswahl 2002 am besten ab. In einzelnen Wahllokalen dieser Bezirke erzielte die NPD deutlich stärkere Ergebnisse von bis zu 11,4 Prozent der Wählerstimmen (Treptow-Köpenick). Aber auch in den westlichen Berliner Bezirken verzeichnete sie durchgängig Zugewinne. In allen Bezirken lag die NPD bei den Zweitstimmen vor den REP.

Wahlergebnisse NPD Zweitstimmen Berlin Bezirke	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Marzahn-Hellersdorf	3,2	1,6	1,6
Lichtenberg	2,8	1,5	1,3
Treptow-Köpenick	2,4	1,0	1,4
Pankow	1,8	0,6	1,2
Neukölln	1,7	0,4	1,3
Reinickendorf	1,2	0,4	0,8
Mitte	1,2	0,4	0,8
Spandau	1,2	0,4	0,8
Tempelhof-Schöneberg	1,0	0,2	0,8
Friedrichshain-Kreuzberg	1,0	0,4	0,6
Steglitz-Zehlendorf	0,8	0,2	0,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	0,7	0,2	0,5

Tabelle 8

Die NPD trat bei dieser Bundestagswahl in allen Berliner Wahlbezirken mit Direktkandidaten an. Das Erststimmenergebnis der Partei lag in allen 12 Bezirken höher als ihr Zweitstimmenergebnis. Die Rangfolge der Bezirke entsprach bei der Erststimme im Wesentlichen dem Zweitstimmenergebnis. Erfolgreich verlief die Wahl wiederum im Ostteil der Stadt, insbesondere in Marzahn-Hellersdorf mit 3,7 Prozent und in Lichtenberg mit 3,2 Prozent (vgl. Tabelle 9). Im Bezirk Treptow-Köpenick trat der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt an und erhielt dort 2,5 Prozent der Stimmen. Auch bei den Erststimmen konnte die NPD ihr Ergebnis bei dieser Wahl in allen Bezirken verbessern und lag jeweils vor den REP.

Wahlergebnisse NPD Erststimmen Berlin Bezirke	Bundestagswahl 2005 Erststimmen (in %)	Bundestagswahl 2002 Erststimmen (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Marzahn-Hellersdorf	3,7	2,7	1,0
Lichtenberg	3,2	2,6	0,6
Treptow-Köpenick	2,5	1,8	0,7
Pankow	2,2	-	2,2
Neukölln	2,0	-	2,0
Reinickendorf	1,3	-	1,3
Mitte	1,3	-	1,3
Friedrichshain-Kreuzberg	1,3	-	1,3
Tempelhof-Schöneberg	1,2	-	1,2
Spandau	1,2	0,5	0,7
Steglitz-Zehlendorf	1,0	-	1,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	0,9	0,1	0,8

Tabelle 9

Im Falle der REP zeigt die geographische Verteilung der Zweitstimmen eine leichte Gewichtsverschiebung in Richtung Westen. Bei der vorangegangenen Bundestagswahl war die Partei noch im gesamten Stadtgebiet gleichmäßig vertreten. Diesmal verlor sie in beiden Stadtteilen. Die Verluste fielen im östlichen Teil Berlins höher aus als im westlichen Teil. Die REP erzielten in West-Berlin 0,6 Prozent und in Ost-Berlin 0,4 Prozent (vgl. Tabelle 10).

Wahlergebnisse REP Zweitstimmen Berlin West/ Ost	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Berlin – Gesamt	0,5	0,7	-0,2
Berlin – West	0,6	0,7	-0,1
Berlin – Ost	0,4	0,7	-0,3

Tabelle 10

Auch auf regionaler Ebene hatten sie nahezu durchgängig Verluste zu verzeichnen. Die REP verloren in allen Berliner Bezirken mit Ausnahme von Reinickendorf. Hier erzielten sie mit 1,0 Prozent ihr Berlinweit bestes Ergebnis (vgl. Tabelle 11).

Wahlergebnisse REP Zweitstimmen Berlin Bezirke	Bundestagswahl 2005 (in %)	Bundestagswahl 2002 (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Reinickendorf	1,0	0,7	0,3
Spandau	0,9	0,9	-0,0
Mitte	0,8	0,9	-0,1
Neukölln	0,7	0,9	-0,2
Marzahn-Hellersdorf	0,5	0,8	-0,3
Tempelhof-Schöneberg	0,5	0,6	-0,1
Pankow	0,4	0,8	-0,4
Treptow-Köpenick	0,4	0,6	-0,2
Lichtenberg	0,4	0,7	-0,3
Steglitz-Zehlendorf	0,3	0,4	-0,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	0,3	0,4	-0,1
Friedrichshain-Kreuzberg	0,2	0,5	-0,3

Tabelle 11

Auch die REP traten in den Bezirken Reinickendorf (1,1 Prozent), Spandau (1,1 Prozent), Mitte (1,0 Prozent) sowie Charlottenburg-Wilmersdorf (0,1 Prozent) mit Direktkandidaten an und bestätigten dort im Wesentlichen ihre vergleichsweise besseren Zweitstimmenergebnisse.

In Berlin wich das Ergebnis der linksextremistischen Parteien nur unwesentlich vom Bundesergebnis ab. Die PSG erzielte hier mit 0,1 Prozent der Zweitstimmen (1 618 Stimmen) ein besseres Ergebnis als im Bundesdurchschnitt. Dies ist aber der Tatsache geschuldet, dass sie ohnehin nur in vier Bundesländern angetreten ist. Die MLPD hingegen erreichte auch in Berlin mit 0,1 Prozent der Zweitstimmen (1 290 Stimmen) das gleiche Ergebnis wie im Bundesdurchschnitt. Ihr Direktkandidat im Wahlkreis 83 (Berlin-Neukölln) kam immerhin auf 0,2 Prozent der Erststimmen.

5 BEWERTUNG

Für die rechtsextremistischen Parteien verlief die Bundestagswahl 2005 alles andere als wünschgemäß. Ihre Ergebnisse bewegten sich - bei jeweils unterschiedlicher Entwicklung – weiterhin auf niedrigem Niveau. Der Einzug in den Deutschen Bundestag blieb in weiter Ferne. Auch im Falle eines gemeinsamen Wahlantritts aller rechtsextremistischen Parteien, wären diese deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Dabei spielten auch die für Kleinstparteien ungünstigen Rahmenbedingungen bei der diesjährigen Bundestagswahl eine Rolle. Der extrem polarisierte und personalisierte Lagerwahlkampf zwischen den beiden großen Volksparteien und ihren Koalitionspartnern bot wenig Raum zur inhaltlichen Profilierung. Darüber hinaus dürfte die „Linkspartei“ mit ihrer eindeutigen Frontstellung zur „Agenda 2010“ einen Großteil der Protestwähler, die ein bedeutendes Wählerpotenzial für die rechtsextremistischen Parteien

darstellten, absorbiert haben. Lediglich ihr Minimalziel, die Beteiligung an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung, haben NPD und REP erreicht.

Ein bemerkenswertes Ergebnis dieser Bundestagswahl ist - jenseits der prozentualen Stimmenverteilung - die Verschiebung der Gewichte innerhalb des rechtsextremistischen Parteienspektrums. Die NPD löste die REP als stärkste Kraft auf Bundesebene ab und zog sowohl in den westlichen Bundesländern (mit Ausnahme in Baden-Württemberg) wie in den östlichen Bundesländern an den REP vorbei. Allerdings traten die REP lediglich in neun der 16 Bundesländer an, wohingegen sich die NPD flächendeckend zur Wahl stellte. Dessen ungeachtet war die Kräfteverschiebung vor allem den überdurchschnittlichen Zugewinnen der NPD in den ostdeutschen Landesteilen geschuldet. Die Partei konnte in den neuen Bundesländern weiter Fuß fassen und offensichtlich sogar Stammwähler hinzugewinnen. Der gleiche Trend zeigte sich in Berlin, auch hier verzeichnete die Partei ihre mit Abstand besten Ergebnisse im Ostteil der Stadt. Damit ist die NPD derzeit, gemessen an ihrem Wahlergebnis, vor allem eine ostdeutsche Regionalpartei.

Die vorgezogene Bundestagswahl stellte eine ernsthafte Bewährungsprobe für die Kooperationsbemühungen im Rahmen der „Volksfront“ dar. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatte die NPD die Ankündigung von Neuwahlen begrüßt und diesem Termin oberste Priorität für die gesamte Partei eingeräumt.²⁰ Diesen Härte-test hat das rechtsextremistische Wahlbündnis mit einem weitgehend koordinierten Wahlkampf bestanden. Offensichtlich sorgten der Termindruck und das gemeinsame Wahlziel – der Einzug in den Bundestags – für relative Stabilität innerhalb des brüchigen Bündnisses. NPD und DVU sahen sich in ihren Verlautbarungen nach der Wahl in ihrem Bündniskurs bestätigt und leiteten aus dem Wahlergebnis optimistische Prognosen für künftige Wahlgänge ab.²¹ Es ist jedoch fraglich, ob diese strategische Partnerschaft nach der Wahl tatsächlich andauern wird. Einerseits erhöht die Zusammenarbeit zwar die Wahlchancen der beteiligten Parteien, andererseits ordnen sich die ungleichen Bündnispartner dem Führungsanspruch der NPD nur bei hinreichender Aussicht auf Erfolg unter. Nach den ersten, Aufmerksamkeit erregenden Wahlteilnahmen (in Sachsen und Brandenburg 2004) blieb die „Volksfront“ jedoch in den Folgewahlen (in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und bei der Bundestagswahl 2005) trotz umfangreicher Medienberichterstattung deutlich hinter den selbst gesetzten Zielen zurück.

Die Verweigerung der REP, sich an dem Wahlbündnis zu beteiligen, hat ebenfalls zu dem gegenwärtigen Wahlausgang beigetragen. Für die REP war unter den gegebenen innerparteilichen und bündnispolitischen Umständen mehr als das Erreichen der Wahlkampfkosten-

²⁰ Vgl. Klaus Beier: Deutschland braucht die „Deutsche Volksbewegung“. NPD-Präsidium tagt anlässlich der Ankündigung von Neuwahlen im Bund, Pressemitteilung vom 24.5.2005.

²¹ Vgl. NPD vervierfacht Bundestags-Wahlergebnis, Nachricht vom 19.9.2005, Internetauftritt der NPD; 1,6 Prozent der Berliner stimmten für die NPD, Nachricht vom 19.9.2005, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands; Ein Aufwind war's – ein Sturm (noch) nicht. Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl und wie es rechts weitergeht, 19.9.2005, Internetauftritt der DVU; Bundestagswahlergebnis: „Optimale Ausgangsbasis für die Sachsen-Anhalt-Wahl“, 21.9.2005, Internetauftritt der DVU.

erstattung nicht möglich.²² Allerdings bietet dieses enttäuschende Resultat Stoff für weitere Personaldiskussionen und innerparteiliche Richtungskämpfe.

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2005 bestätigen die geringe Bedeutung der angetretenen linksextremistischen Parteien bei Wahlen. Weder PSG noch MLPD gelang es, eine größeres Wählerpotenzial auf sich zu vereinigen. Angesichts dieses für beide katastrophalen Ergebnisses ist es überraschend, dass beide Parteien den Wahlausgang und ihr Ergebnis als Erfolg interpretieren. Dies leiten beide Partei aus der Tatsache ab, dass sie bei vorangegangenen Europa- bzw. Bundestagswahlen, bei denen sie antraten, noch geringere Ergebnisse erzielten.

²² Vgl. Die Republikaner, Bundesgeschäftsstelle: Republikaner: Die Union hat ihr Debakel selbst verschuldet, Pressemitteilung Nr. 60 vom 19.9.2005; Peter Warnst: Bundestagswahl 2005: Minimalziel erreicht!, Pressemitteilung vom 19.9.2005.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>

E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de